



Haushaltsrede der CDU-Fraktion im Schwäbisch Gmünder Gemeinderat

11. März 2020

Stadträtin Daniela Dinser

Es gilt das gesprochene Wort

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,

lassen Sie mich die Haushaltsrede mit einem Zitat der Heiligen Mutter Teresa beginnen. Sie sagte über Haushaltsberatungen: *„Ich denke nie über Geld nach. Es kommt stets. Der Herr schickt es uns. Wir tun sein Werk, er sorgt für die Mittel. Wenn er sie uns nicht gibt, dann bedeutet das, dass er das Werk nicht wünscht. Wozu sich da aufregen?“*

In etwas weltlichere Gedanken übertragen könnte man es so sagen: Wenn wir das richtige tun, wenn wir wissen, dass etwas sein muss, dann ist auch Geld da. Und wenn wir uns etwas nicht leisten können, dann ist es auch richtig, es nicht auszugeben.

Zugegeben ist das jetzt eher die Perspektive vom Ergebnis her eingenommen, aber für unsere Beratungen können wir durchaus mitnehmen, dass Geld da ist, wenn wir die richtigen Prioritäten setzen. Und darum geht es in diesem und den kommenden Jahren in der Tat.

Herr Oberbürgermeister, Sie haben die Haushaltseinbringung mit Verve und mit vielen Ankündigungen eingebracht. Und Sie haben es bis zum Ende Ihrer Rede spannend gehalten, bis Sie erklärten, nicht in Stuttgart zu kandidieren. Zweifellos hätten Sie alle Voraussetzungen dafür erfüllt und Stuttgart auch mit Sicherheit gut getan. Doch die CDU-Fraktion ist glücklich über Ihre Entscheidung, Ihre Schaffenskraft und Ihr Engagement weiter für Schwäbisch Gmünd einzusetzen. Herzlichen Dank für diesen Entschluss!

Im Rückblick auf das Jahr 2019 schwelgen wir noch in Erinnerungen an eine wunderbare Remstal-Gartenschau, die zwar nicht billig war, aber dennoch eine großartige gemeinschaftliche Arbeit. Ein Schulterschluss der Remstal-Gemeinden und erneut eine Glanzleistung der Gmünder Bürgerschaft. Ich denke, das Remstal und Schwäbisch Gmünd haben gezeigt, was wir können, einen ausgezeichneten Eindruck hinterlassen und vor allem wieder Bleibendes geschaffen.

Das Jahr 2020 ist ein Jahr der Erneuerung und des Wandels. Damit meine ich nicht die schnelllebigen und hektischen Zeiten, in denen wir leben. Sondern damit meine ich einige spürbare Veränderungen auch in der Kommunalpolitik. Mit dem Jahr 2020 beginnen die Zwanziger-Jahre des 21. Jahrhunderts, die wir mit Vorfreude erwarten. Neu ist auch, dass unser Gemeinderat nach der Kommunalwahl bei der jetzigen Haushaltsdebatte viele neue Gesichter hat und auch neue Impulse zu erwarten sind. Das neue kommunale Haushaltsrecht stellt den Gemeinderat vor große Herausforderungen, da die Kameratechnik den Vorteil einer beachtlichen Übersichtlichkeit hatte. Aber wir werden die neue Systematik steuernd und gestaltend nutzen. Neu ist aber auch, dass in der 858-jährigen Stadtgeschichte erstmals nicht der Fraktionsvorsitzende für die CDU-Fraktion die Haushaltsrede vorträgt und zum ersten mal eine Frau.

Meine Damen und Herren,

die CDU-Fraktion setzt für den Haushalt 2020 acht Schwerpunkte: Finanzen, Klimaschutz, Verkehr und Innenstadt, Sport und Bildung, Soziales, Digitalisierung, Wohnen sowie den Kampf gegen Rassismus und Extremismus. Und das alles in 30 Minuten.

Herr Oberbürgermeister, die CDU-Fraktion hat sich zur Haushaltsdebatte intensiv mit dem Haushalt und mit der Zukunft unserer Stadt beschäftigt. Einige Aufgaben, die wir unbedingt anpacken sollten, aber auch einige frische Ideen haben wir in der letztjährigen Haushaltsrede angesprochen. Manches davon wurde behandelt, einiges auch umgesetzt. Wie in den vergangenen Jahren auch, wurden manche Haushaltsanträge nicht behandelt oder auf die lange Bank geschoben. Herr Oberbürgermeister, die CDU-Fraktion ist immer offen für gute Argumente und hat Verständnis, dass die Verwaltung eine Fülle an Aufgaben hat. Vielleicht spreche ich auch etwas für die anderen Fraktionen, wenn ich Sie nachdrücklich bitte, *alle* Haushaltsanträge der Fraktionen zu behandeln und die gefassten Beschlüsse dazu auch umzusetzen. Einige liegengebliebene Anträge unserer Fraktion vom letzten Jahr werden wir auch dieses Jahr wieder aufgreifen müssen. Als Stichworte nenne ich mal vorab: Hallenbad und Woha!

Finanzen

Lassen Sie mich am Beginn für die CDU-Fraktion eines klarstellen: Die große Linie in der Finanzpolitik Schwäbisch Gmünds seit über einem Jahrzehnt lautet: Wir investieren in den Stadtumbau und unsere Infrastruktur mit der Landesgartenschau 2014. Anschließend bauen wir den Schuldenberg Stück für Stück, ambitioniert aber realistisch über einen langen Zeitraum von 21 Jahren, von 2015 bis 2036 ab. Dies passiert in sechs Meilensteinen, wovon der erste am 31.12.2019 erfolgreich erreicht wurde. Die Verschuldung wurde mehr als geplant abgebaut. Doch schon der Meilenstein 2, zum 31.12.2023 eine Verschuldung im Kernhaushalt von 66,5 Millionen zu erreichen, wird nun infrage gestellt. Für die CDU-Fraktion ist der Schuldenabbau nicht verhandelbar und das Abbaukonzept Kern einer langfristig seriösen Finanzpolitik der Stadt. Beispielhaft seien nur die Zinszahlungen genannt, die nach wie vor den Haushalt mit ca. 2,4 Millionen Euro belasten. 2,4 Millionen Euro, die nicht für Anderes zur Verfügung stehen und die wir wieder für den Haushalt gewinnen wollen.

Für den Haushalt 2020 befinden wir uns noch im vorgegebenen Rahmen, jedoch kündigen wir bereits heute an, dass wir eine Abkehr vom Schuldenabbaukonzept nicht mittragen. Wir sind dankbar, dass das Regierungspräsidium uns hier in den Leitplanken hält und es gleich sieht.

Wir beantragen daher, das Schuldenabbaukonzept in laminiertes Fassung auch allen neuen Gemeinderäten zur Verfügung zu stellen.

Meine Damen und Herren, die Zeiten werden rauer. Und wir steuern auf schwieriges Fahrwasser zu. In der weltweiten Politik greift der Nationalismus um sich. Die Angst vor einer Corona-Ansteckung schlägt immer öfter von berechtigter Aufmerksamkeit in Aktionismus um und verunsichert Viele. Das Wirtschaftswachstum schwächelt. Die Börsen sind abgestürzt. Und für Schwäbisch Gmünd die schlimmste Nachricht in diesem Jahr ist der geplante weitere Stellenabbau bei Bosch. In der vergangenen Woche nun wurden Überlegungen öffentlich, die Zahl der Beschäftigten auf bis zu 3.000 zu reduzieren. Dies sind schlechte Nachrichten für die Beschäftigten und ihre Familien; Für die Zulieferer und Dienstleister und für unsere Stadt. Der Vertrauensverlust in der Zusammenarbeit mit Betriebsleitung und Mitarbeiterschaft ist immens. Der größte Arbeitgeber in Schwäbisch Gmünd macht uns große Sorgen.

Bei all dem ist es für die Stadt entscheidend, Verlässlichkeit und Stabilität zu bieten. Herr Oberbürgermeister, wir danken Ihnen dafür, dass Sie sich auch als Vorsitzender des Gemeinderates für die Mitarbeiter bei Bosch einsetzen und versuchen zu vermitteln.

Die Diskussionen der vergangenen Monate um die Situation bei Bosch haben uns aber auch erneut gezeigt, wie wichtig es ist, den Standort Schwäbisch Gmünd zu diversifizieren und auch Flächen für neue Gewerbeansiedlungen zu schaffen. Herr Oberbürgermeister, wir unterstützen Sie nachdrücklich in ihren Bemühungen, neue Unternehmen in Schwäbisch Gmünd anzusiedeln und die Unternehmensstruktur zu erweitern. Dazu gehört auch noch einmal klar gesagt: Es war ein Fehler, einem Investor wie Amazon den Stuhl vor die Tür zu setzen, ohne sich das Vorhaben einmal genauer anzusehen. Es war möglicherweise ein Fehler für das konkrete Projekt, aber sicher ein falsches Signal an Betriebe, die sich für Schwäbisch Gmünd interessieren. Wir können es uns nur in sehr begrenztem Rahmen leisten, Investoren jovial und auf Distanz zu begegnen.

Wir stellen daher den Antrag, über die bestehenden freien Gewerbeflächen zu berichten und zu zeigen, wo die Verwaltung Potential und Möglichkeiten für neue Flächen sieht.

Ein großer Haushaltsposten sind natürlich die Personalkosten. Dabei machen uns weniger die Kosten Sorgen, als die Suche nach geeignetem Personal. Wie oft war es in der Vergangenheit so, dass sich nur ein oder zwei Bewerber vorgestellt haben?! Natürlich liegt das auch an einem hervorragenden Arbeitsmarkt für gute Kandidaten. Gleichzeitig dürfen wir als Arbeitgeber nicht nachlassen, attraktiv für talentierten und tüchtigen Nachwuchs zu sein. Aus unserer Sicht sollte die Personalgewinnung und Haltung strategisches Ziel der Verwaltung sein. Deshalb beantragen wir einen Bericht, mit welchen Maßnahmen Personal gewonnen werden soll und welche Instrumente noch denkbar sind.

Klimaschutz

Mit dem Schutz unserer Schöpfung und dem Schutz des Klimas beschäftigt sich Schwäbisch Gmünd seit Jahren. Herr Oberbürgermeister, Sie haben dies in vielen Stellungnahmen und mit den verschiedenen Beschlusspapieren und den umgesetzten Maßnahmen gezeigt. Dennoch ist es richtig, dass wir hier noch mehr machen und unser Engagement verstärkt wird. Der falsche Weg ist es, Aktionismus zu betreiben und irgendwie irgendwas zu machen. Wir müssen beim Klimaschutz zuerst die Frage stellen, welche Maßnahmen möglichst effizient sind. In einem zweiten Schritt ist zu beantworten, was die Stadt dazu beitragen kann. Und in einem dritten Schritt dies dann konsequent umsetzen.

Nach einer Statistik des Umweltbundesamtes ist in privaten Haushalten die Befeuerungsanlage der mit Abstand stärkste CO₂-Emittent. Richtig effektiv wären deshalb der Austausch alter Heizungen und eine gute Isolierung. Herr Oberbürgermeister, was kann die Stadt hier beitragen? Finanziell sieht es eng aus, das ist klar. Aber vielleicht wäre es gut, über die Stadtwerke oder bei der Verwaltung eine Anlaufstelle einzurichten, die jeden Immobilienbesitzer im Dschungel an Fördermöglichkeiten und Unterstützung an die Hand nimmt um Wege aufzuzeigen, über eine neue Heizung und bessere Isolierung die CO₂-Emissionen unserer Stadt wirksam zu reduzieren. Wir beantragen daher einen Bericht, welche Zahlen oder Schätzungen uns zu den Gebäudezuständen vorliegen, welche Ziele die Stadt sich hier setzen sollte und wie wir dies erreichen können.

Doch nicht nur auf Seiten des CO₂-Ausstoßes, sondern auch auf Seiten der Speicherung müssen wir ansetzen. Im vergangenen Jahr sorgte eine Studie der Hochschule Zürich für Aufsehen, wonach die CO₂-Emissionen durch massive Aufforstung aufgewogen werden könnten. Natürlich ist dies viel einfacher gesagt als getan. Dennoch sollten wir auch hier überlegen, einen Teil dazu beizutragen. Um es klar zu sagen: Bäume müssen auch weiterhin gefällt werden: Am Straßenrand aus Gründen der Verkehrssicherheit, für das Holzverarbeitende Gewerbe und natürlich für Bauprojekte. Und gleichzeitig müssen wir an geeigneter Stelle zunächst ausgleichen und am besten aufforsten. Herr Oberbürgermeister, die CDU-Fraktion beantragt ein Aufforstungsprogramm. Und um es etwas sportlicher zu gestalten. Für jedes neugeborene Kind in unserer Stadt sollen zehn Bäume gepflanzt werden. Die Kosten dafür könnten wie zuletzt für den Glücklicht-weg über ein Sponsoring-Programm aufgefangen werden. Die CDU-Fraktion konnte hier auch schon einen spendablen Wohltäter auf tun. Auch muss noch geprüft werden, an welcher Stelle eine Aufforstung geeignet ist.

Zugegebenermaßen sind wir nicht die ersten, die diese Idee hatten. Aber an der Sinnhaftigkeit des Vorschlags ändert sich dadurch glücklicherweise auch nichts.

Einen ganz beachtlichen Einzelbeitrag, den die Stadt für den Klimaschutz stemmen muss, ist der Neubau eines Hallenbades. 2018 wurde die Debatte um den Neubau am Güterbahnhof erbittert geführt.

Seither hat sich in der Sache nichts mehr getan. Das gewünschte Ergebnis der Bürgerinitiative war es, den Neubau zu stoppen und das ist ihr bedauerlicherweise gelungen. Seitdem betreiben wir weiter ein Hallenbad, das vor allem energetisch verheerend ist. Die CDU-Fraktion will in dieser Sache Klarheit: Wenn das jetzige Bad weiterbetrieben werden muss, dann sind umfassende Sanierungen unumgänglich. Kann ein Neubau, gegebenenfalls in kleinerer Variante, an anderer Stelle realisiert werden. Zu unserem Antrag 2019 schrieb die Verwaltung: „Ein Bericht und eine Behandlung machen erst im Zusammenhang mit dem Haushaltsaufstellungsprozess 2020, also im Oktober 2019, Sinn. Herr Oberbürgermeister, es hilft alles nichts, die Zeit sich mit dem Thema Hallenbad erneut zu beschäftigen ist jetzt gekommen. Dies beantragen wird.

Doch nicht nur das Hallenbad selbst scheiterte, sondern damit auch die Bebauung des brach liegenden Areals am Güterbahnhof. Diese Fläche ist als Brache viel zu wertvoll. Auch hierüber sollten wir uns Gedanken machen, da dieser Bereich verkehrsgünstig liegt, erschlossen ist und wir uns vielfältige Nutzungen vorstellen könnten. Wir beantragen ein Konzept und eine Machbarkeitsstudie, wie diese Fläche sinnvoll genutzt werden kann.

Noch ein weiterer Gedanke zum Klimaschutz. Meine Damen und Herren, der Klimaschutz ist eine Mammut-Aufgabe und er hat oberste Priorität. Und wir dürfen uns hier nichts vormachen, das wird auch etwas kosten. Seit der Arbeit der Haushaltsstrukturkommission Anfang der Zweitausenderjahre gilt der Grundsatz „Bildung vor die Klammer“. Das war bislang der einzige Bereich, in dem wir nicht gespart haben und das war auch richtig so. Aber ist der Klimaschutz mehr oder weniger wichtig als Bildung? Sollte der Klimaschutz ebenfalls vor die Klammer gezogen werden? Wir denken, dass wir so keine vernünftige Haushaltspolitik machen können, in dem wir weitere Themen für sakrosankt erklären. Stattdessen sollten wir den Grundsatz „Bildung vor die Klammer“ lockern. Die Bildung konkurriert in ihren Spitzen mit weiteren wichtigen Zielen, so dass der neue Grundsatz „Priorität Bildung“ heißen sollte. Damit wollen wir die Bildungsausgaben nicht schmälern, aber auch die Bildung muss ihre Ausgaben im Verhältnis zu anderen Zielen mehr begründen. Dann ist auch Platz für „Priorität Klimaschutz“.

Verkehr und Innenstadt

Ein immerwährendes Problem ist der Verkehr in unserer Kernstadt. Mit der Eröffnung des Tunnels erlebten wir den Befreiungsschlag, der den gesamten Stadtumbau erst möglich machte und Startschuss für die Umbauten zur Landesgartenschau war. Aber dennoch bleibt die Tallage Gmünds, das heißt viel Verkehr und wenig Fläche. Dazu kommen neue Aufgaben, wie der Klimaschutz, veränderte Ansprüche und neue Technik.

Für die CDU-Fraktion ist es zunächst wichtig, dass alle Verkehrsteilnehmer sicher, rücksichtsvoll und zügig Ihren Weg nehmen können: Die Fußgänger und die Bußfahrer, die Radfahrer und die Autofahrer. Dazu kommen die berechtigten Interessen der Anwohner und des Einzelhandels. All dies muss zusammengeführt und ein Ausgleich geschaffen werden.

Dazu hat die CDU in der Vergangenheit viele Ideen und Maßnahmen vorangetrieben. Die Verflüssigung des Verkehrs stand dabei immer im Blickfeld. Wir wollen ein leistungsstarkes und sicheres Radverkehrsnetz ebenso wie leistungsfähige Hauptachsen für Autos. Wir wollen eine Weiterentwicklung des ÖPNV hin zur Intermodalität, das heißt dem schnellen und bequemen Umstieg zwischen Rad, Bus, Auto oder Zug.

Wir wollen das Fahrradstraßen-Netz stärken, bestehend in Nord-Süd-Richtung aus Klarenbergstraße, Gutenbergstraße, Untere Zeiselbergstraße und Grabenallee sowie in West-Ost-Richtung aus Schwerzerallee und Katharinenstraße über die Grabenallee und Paradiesstraße, Untere Zeiselbergstraße, Gemeindehausstraße, Wilhelmstraße und Werrenwiesenstraße.

Auch wollen wir die baldige Umsetzung der Fahrradverbindung über die Becherlehenstraße nach Mutlangen. Die CDU-Fraktion beantragt, dies zu entwickeln und so den Radverkehr attraktiver zu machen.

Für den PKW-Verkehr ist eines der wichtigsten Themen das Parken. Wenn wir den Park-Such-Verkehr eindämmen wollen, müssen wir an anderer und attraktiver Stelle auch Parkraum schaffen. Gleichzeitig sind die Parkhauskosten der privaten Parkhausbetreiber ein Ärgernis, das sich im vergangenen Jahr noch einmal verschärft hat. Daher beantragen wir die Prüfung, wie das Parkdeck Rems städtebaulich und verkehrlich zum Parkhaus ausgebaut werden kann. Dies ist derzeit die einzige Stelle in der Kernstadt, an der die Stadt hier einen eigenen Impuls setzen kann und das auch machen sollte.

Und auch am PH-Parkplatz hat sich an der Situation nichts verbessert. Die Appelle, die Studenten sollten doch mit dem Bus oder dem Fahrrad kommen, fruchten nicht. Für die PH, das Berufsschulzentrum und die Anwohner ist die Situation regelmäßig angespannt. Herr Oberbürgermeister, seit Jahren sprechen wir dies an, haben schon mehr Parkraum beantragt und es hat sich nichts getan. Wir beantragen einen Bericht, welche Maßnahmen die Stadtverwaltung hier sieht, um den Zustand zu verbessern.

Wenn wir im Bereich der PH sind, dann machen wir noch einen Abstecher auf den Gügling. Nach der Fertigstellung der Ortsumfahrung Bargau ist ein Anschluss der Lise-Meitner-Straße an das Bargauer Verkehrskonzept notwendig. Dies beantragen wir.

Im vergangenen Jahr haben wir uns schon mit dem Thema Buswartehäuschen beschäftigt. Die CDU-Fraktion beantragt eine attraktivere Gestaltung und eine Konzeption, wie wir hier im Stadtbild unserem Charakter als Design-Stadt gerecht werden können. Die Verwaltung antwortet im letzten Jahr: „Die Verwaltung empfiehlt deshalb abzuwarten, was die Ausschreibung des Werbeflächenkonzepts im Hinblick auf neue Buswartehäuschen bringen wird.“

Nun wollen wir wissen, was das Werbeflächenkonzept dazu beitragen soll und konkretisieren unseren Antrag wie folgt: Wir beantragen, vor dem Bahnhof am Taxi-Stand einen Unterstand, der - vergleichbar zur gestalterischen Eleganz des Buswartebereiches in der Ledergasse - auch das Stadtbild an dieser Stelle aufwerten kann. Gegebenenfalls kann die Hochschule für Gestaltung und freilich die Deutsche Bahn hier miteinbezogen werden.

Wir glauben, dass wir auch im Verkehr mit einigen Kleinigkeiten für Aufmerksamkeit sorgen können. Daher beantragen wir zu prüfen, ob an besonders frequentierten Fußgängerampeln - wie in anderen Städten auch - das Ampelmännchen durch ein Einhorn ersetzt werden kann. Ein ähnlicher Vorschlag ist es, bei der Neuanschaffung von Kanaldeckeln das Stadtwappen zu berücksichtigen, wie es in anderen Städten seit langem gemacht wird. Auch diese Umsetzung beantragen wir zu prüfen.

Doch Verkehr ist auch abseits der Straßen in unserer Fußgängerzone. Dort geht es ja im Großen und Ganzen gemächlich und buchstäblich verkehrsberuhigt zu. Dennoch gibt es zwei Verbesserungsvorschläge, die wir zum Antrag erheben. Wie beantragen, das Aufstellen von so genannten Kunden-Stoppfern zu untersagen, da diese vor allem Hindernisse sind. Und gerade wenn die Kundenstopper auf Flächen stehen, die für Rollstuhlfahrer oder Kinderwägen besser geeignet sind, so sollte dies geändert werden.

Zum zweiten gibt es freilich auch in der Fußgängerzone begrenzte Zeitfenster für Lieferungen. Wir meinen, dass diese von manche nur als grobe Orientierung und von einigen auch überhaupt nicht beachtet werden. Herr Oberbürgermeister, auch ohne formellen Antrag bitten wir Sie, die Einhaltung der Lieferzeiten konsequenter zu kontrollieren.

Und noch ein altes Thema der Kernstadt: Der alte Woha. Herr Oberbürgermeister, seit Jahren schleifen wir diese Altlast mit uns mit. Nicht, dass es unser Gebäude wäre oder dass wir dafür verantwortlichen wären. Wir haben uns schon an die Brache gewöhnt und wir sind es gewohnt, daran vorbeizusehen. Wir können hier zum Fenster sehen und den Verfall beobachten. Auch dieses Jahr beantragen

wir, uns mit dem Woha-Mahnmal zu beschäftigen. Wie ist der Stand der Gespräche mit den Eigentümern? Wurde die Enteignung geprüft? Mit welcher Summe könnte dieser Tragödie im Zentrum unserer Stadt ein Ende gesetzt werden? Wir beantragen einen Bericht und eine Diskussion über das weitere Vorgehen, wenn nötig auch nicht-öffentlich.

Während der Woha seinen Dornröschenschlaf schläft, ist es auch ganz still geworden um den Zeiselberg. Zu still. Herr Oberbürgermeister, die Planungen für den Zeiselberg insbesondere mit der Remstal-Gartenschau waren vorangeschritten und kamen dann in's Stocken. Wir bitten sie, alsbald über den Sachstand zu berichten und über den Zeitplan, wie es mit der Zeiselbergbebauung weitergehen soll.

Sport und Bildung

Der Gmünder Sport macht Freude. Allein der Reigen an Ehrungen beim alljährlichen Sportlerball lässt staunen vor den Leistungen unserer Sportbegeisterten in der Breite und in der Spitze. Die verfasste Sportszene, also der Stadtverband Sport umfasst mit 23.000 Aktiven fast 40% unserer Bürgerschaft. Gmünd ist fit und bewegt sich. Die Interessen des Sports werden dabei durch die exzellente Arbeit des Stadtverbands Sport artikuliert. Wir wollen aber mit dem Sport in noch größeren Austausch treten und schauen, wie wir die Infrastruktur vielleicht auch nur mit kleinen Maßnahmen weiter verbessern können.

Dazu beantragen wir, einen Sport-Beirat einzurichten und dabei den Stadtverband Sport eng einzubeziehen.

Und schließlich wollen wir noch einen Vorschlag aus Bettringen aufgreifen. Die Uhlandschule wurde in den letzten zwei Jahren glücklicherweise renoviert, wobei der bereits zuvor marode Schulhof noch mehr in Mitleidenschaft gezogen wurde. Gleichzeitig könnte der Abbruch der Lindeneck-Brücke laut einem Gutachten unter Auflagen noch verschoben werden.

Als Verbindungen zwischen Unter- und Oberbettringen gibt es außer der Straßenbrücke in der Weilerstraße zwei Gehwegbrücken und eine Reiterbrücke über den Strümpfelbach. Wenn beim Neubau der Straßenbrücke mit einer Vollsperrung über ein ganzes Jahr zu rechnen ist, sollte zumindest die Uhlandschulbrücke als Geh- und Radwegbrücke genutzt werden können. Haushaltsmittel dafür sind bereits eingestellt.

Der Ortschaftsrat hat vorgeschlagen, den Abbruch der Geh- und Radwegbrücke am Lindeneck auf das Jahr 2021 oder später zu verschieben und dafür die Außenanlage der Uhlandschule dieses Jahr fertigzustellen, was eine Abrundung der gesamten Renovierungsarbeiten darstellt. Zudem sollte die bestehende abgängige Gehwegbrücke an der Uhlandschule als Geh- und Radwegbrücke erstellt werden, bevor die Strümpfelbachbrücke Weilerstraße im Jahr 2022 neu gebaut oder saniert wird. Wir unterstützen die Vorschläge und erheben sie zum Antrag.

Soziales

Herr Oberbürgermeister, in hohem Maße zu loben und zu würdigen sind Ihre Bemühungen für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Und die Fliehkräfte werden immer größer. Manchmal scheint es, dass wir in immer kleinere Grüppchen auseinanderdriften. Ein starkes Signal war dabei die im letzten Jahr einstimmig verabschiedete Charta der Gemeinsamkeiten, die alle Menschen in Schwäbisch Gmünd verbinden soll.

Kern des Zusammenhalts ist es, auch die Schwachen unserer Gesellschaft mitzunehmen, sie zu unterstützen und wenn möglich zu einem starken Mitglied machen zu können. Dazu gehört natürlich an vorderster Stelle die Förderung von Kindern und Familien.

Wir wollen das Jahr 2020 nutzen, um die Familienförderung unserer Stadt nachzuschärfen. Familien mit 3 Kindern und mehr erhalten den Familienpass, mit dem vielfältige Vergünstigungen möglich sind. Ein echter Bar-Vorteil. Dabei gibt es auch Familien, die glücklicherweise nicht darauf angewiesen sind. Dazu gehört auch meine eigene Familie oder die unseres Fraktionsvorsitzenden Alfred Baumhauer. Sinnvoller wäre es, den Familienpass so weiterzuentwickeln, dass er möglichst passgenau den Familien zugutekommt, die darauf ein Stück weit angewiesen sind und es dort eine größere Erleichterung ist. Dabei wollen wir hier keine Einkommensprüfung, sondern uns grundsätzlich überlegen, wie wir diese Förderung auf neue Beine stellen können, so dass die Hilfe dort ankommt, wo sie am dringendsten benötigt wird. Zur Erstellung einer Konzeption beauftragen wir die Verwaltung.

Dasselbe gilt auch für unsere Bonuskarten, die den Tafelladenausweis ersetzt. Wer über die Bonuskarte verfügt, hat sich schon als berechtigt ausgewiesen. Den Inhabern von Bonuskarten sollten wir mit weiteren Angeboten entgegenkommen, beispielsweise beim Eintritt in unsere Bäder. Wir bitten die Stadtverwaltung, mit diesem Vorschlag auf die Stadtwerke zuzugehen.

Nicht wegzudenken ist für alle Gmünder eine gute medizinische und pflegerische Versorgung. Wir spüren das Ächzen und Knirschen im Gesundheitssystem derzeit noch nicht so drastisch wie in anderen Gegenden. Dennoch kommt es auch bei uns immer wieder zu Engpässen, gerade in der Pflege.

Viele Menschen in Gmünd suchen für einen Angehörigen einen Pflegeplatz. Nicht selten unter hohem Zeitdruck. Pflegebedürftigkeit nach einem Unfall oder einer Krankheit zwingt die Angehörigen, kurzfristig einen Pflegeplatz zu finden. Dies wird immer aufwändiger, da auch die Anforderungen an die Pflegeheime mit Inkrafttreten der Heimbauverordnung gestiegen sind. Deshalb sind wir dankbar, dass bewährte, gute und verlässliche Einrichtungen ihr Engagement aufrechterhalten und ausbauen. Deshalb ist es für die CDU-Fraktion nicht nachvollziehbar, wie der Schönblick für sein Vorhaben eines neuen Pflegeheimes angegriffen wird. Die Argumente gegen den Neubau sind abenteuerlich und einem Angehörigen eines Pflegebedürftigen nicht vermittelbar. Herr Oberbürgermeister, wir bitten die Verwaltung, dieses sinnvolle und notwendige Vorhaben zu unterstützen und das Verfahren von Verwaltungsseite aus konstruktiv weiterzubetreiben.

Digitalisierung

Die größte Umwälzung unserer Zeit ist die Digitalisierung. Kein Lebensbereich bleibt davon verschont und der digitale Fortschritt ist nicht mehr wegzudenken. Unsere Digitalisierungsoffensive an den Schulen schreitet mit Augenmaß und Verantwortung voran. Die Digitalisierung bietet jedoch deutlich mehr Vorteile. Auch die Stadtverwaltung sollte nach Kräften mitziehen.

Im Jahr 2020 ist die Neuaufstellung der städtischen Homepage deshalb unumgänglich. Moderne Auftritte können eine Menge an Vorteilen und Erleichterungen für unsere Bürger bieten. Interaktion in Echtzeit, der digitale Behördengang oder umfassende Auskünfte sind hier nur Stichworte. Die Neukonzeption beantragen wir.

Und noch ein weiterer Schritt ist uns wichtig. Wir beantragen, die Kernstadt flächendeckend und in den Ortsteilen wenigstens die Bezirksämter und die Hallen mit offenem W-LAN auszustatten. An den Plätzen unserer Stadt sollten wir im Standard nicht hinter Wartebereiche in Bankfilialen, Flughäfen oder Schnellrestaurants zurückfallen. Diese Ausstattung beantragen wir.

Wohnen

Meine Damen und Herren, eines der drängendsten Probleme von jungen Familien, Neubürgern, aber auch Älteren ist der Wohnraum in Schwäbisch Gmünd. Die Lage hat sich im vergangenen Jahr noch einmal verschärft und es ist keine Besserung zu erwarten. Die Preise steigen seit Jahren und in hohem Tempo. Dies hat vier Gründe: Der Wohlstand ist in den letzten Jahren stetig gewachsen und damit auch das Vermögen, das für die eigenen Ansprüche oder für Geldanlagen zur Verfügung steht.

Damit steigt die Nachfrage und somit der Preis. Weiter wurde Bauen auch teurer, durch hohe energetische Standards und hohe Vorgaben des Brandschutzes. Dazu kommt in Ländern wie Baden-Württemberg ein Bevölkerungszuwachs, der die Nachfrage ebenfalls antreibt. Und schließlich sind auch die Ansprüche gestiegen. 1990 war die durchschnittliche Wohnfläche je Einwohner 35 m², im Jahr 2000 fast 40 m², 2010 dann 45 m² und 2018 schon 47 m². Ein Zuwachs in 28 Jahren um 34 %.

Vor zehn Jahren gab es in Schwäbisch Gmünd weniger als 100 Bewerber um Bauplätze. Heute sind es über 1.000. Die meisten davon Bürger unserer Stadt oder aus der Nachbarschaft.

Die Verlierer dieser Entwicklung sind Familien mit geringem Einkommen. Sie benötigen Fläche und können es sich nicht leisten. Verlierer sind aber auch sonstige sozial Schwache, einige unserer Senioren, viele Alleinerziehende oder in der Regel unsere anerkannten Flüchtlinge und Asylbewerber.

Wir dürfen hier nicht nachlassen, für Entlastung zu sorgen. Für die CDU-Fraktion heißt dies, das Angebot zu erhöhen. Durch Nachverdichten in Baulücken oder Aufstocken in leeren Dachstühlen. Wir benötigen günstige Mehrfamilienhäuser und ansprechende Wohnapartments ebenso wie Reihen- und Doppelhäuser. Und wir brauchen auch einen Anteil an Flächen für Einfamilienhäuser und wir sollten auch weiterhin Bauland ausweisen.

Nur durch ein größeres Angebot können wir dem Bedarf unserer Bürger nachkommen und für Entlastung sorgen. Was kann die Stadt dazu beitragen? Wohnraum ermöglichen durch die VGW und durch Ausweisung von Bauland. Aber auch durch schnelle Genehmigungsverfahren und Befreiungen mit Augenmaß. Und erwähnt werden muss auch das Wohnraummanagement der Stadt, das vor allem in Notsituationen schnell und oftmals erfolgreich Wohnungen vermittelt. Da wird tolle Arbeit geleistet.

Wir wollen in diesem Jahr keinen Antrag dazu stellen, die Stadtverwaltung jedoch dabei unterstützen und ermutigen, in ihren Bemühungen hier nicht nachzulassen und weiter Fahrt aufzunehmen.

Kampf gegen Rassismus und Extremismus

Meine Damen und Herren, im vergangenen Jahr hat die CDU-Fraktion das Thema Antisemitismus ausdrücklich angesprochen. Die Weltoffenheit unserer Stadt bemisst sich ein Stück weit auch an unserer Haltung zu unserer eigenen Geschichte und der einstmals hier ansässigen jüdischen Gemeinde, zu einer unmissverständlich ablehnenden Haltung gegenüber jeder Form der Judenfeindlichkeit. Und darüber hinaus selbstverständlich auch zu einer glasklaren Position gegen Rassismus und Gewalt.

Auch hier kann es nicht nur bei Apellen bleiben. Rassismus und Gewalt haben in Schwäbisch Gmünd keinen Platz. Jede Form des Extremismus lehnen wir ab.

Im vergangenen Jahr haben wir die Mittel für Reisen in die Partnerstädte auch für Bildungsreisen nach Israel geöffnet. Das Erfolgsrezept unserer Städtepartnerschaften heißt seit vielen Jahrzehnten: Austausch, Begegnung und Freundschaft gegen Vorurteile. Dieses Erfolgsrezept ist auch im Umgang mit Antisemitismus notwendig.

Meine Damen und Herren, in einem Wettbewerb des Regierungspräsidiums um Schulpartnerschaften zwischen Israel und Deutschland kam aus Schwäbisch Gmünd das Scheffoldgymnasium zum Zuge. Dazu zunächst herzlichen Glückwunsch! Wir wollen dies unterstützen. Ein Problem für Austausche oder Begegnungen werden sicherlich die Kosten sein. Herr Oberbürgermeister, wir beantragen, die Mittel für Städtepartnerschaften auch in den kommenden Jahren für die wichtige neue Aufgabe des Scheffold-Gymnasiums im Austausch mit Israel zu öffnen und dafür die nicht abgerufene Förderung für Fahrten nach Bethlehem in den USA zu nutzen.

Wenn wir uns heute mit den städtischen Finanzen beschäftigen, so tun wir dies in einer sehr seltsamen Stimmung. Viele Menschen sind wegen der Corona-Epidemie verunsichert. Die drastischen, ungewohnten, ja sogar nicht gekannten Maßnahmen können zu Sorgen führen, manchen machen sie auch Angst.

Auch von der EU-Außengrenze hin zur Türkei gibt es keine guten Nachrichten. Die menschlichen Schicksale der Flüchtlinge aus Syrien sind politische Instrumente des türkischen Präsidenten geworden, die EU unter Druck zu setzen.

Und schließlich haben wir ja noch genügend eigene wichtige Aufgaben in Deutschland: Den Klimaschutz, die Wirtschaftslage, Armut, Pflege, Streitkräfte, Sicherheit, und so weiter.

In unruhigen Zeiten rücken die Menschen etwas näher zusammen. Das bietet auch Chancen. Wir sollten uns in unserer Stadt bewusst machen, welcher großer Schatz unser bürgerschaftlicher Zusammenhalt ist. Wir sollten uns immer im Klaren sein, dass wir nur zusammen bestehen können, nur gemeinsam etwas schaffen können und nur als Gemeinschaft unser liebenswertes und lebenswertes Gmünd erhalten können. Und wir sollten uns stets präsent halten, wie viel wir als Stadtgesellschaft in der Lage sind, zu erreichen und zu stemmen. Dazu gehört auch, dass alle gebraucht werden, die in Schwäbisch Gmünd leben.

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, gehen wir mit Zuversicht und Tatkraft ans Werk.